

Ungefährliche Vorlesungen

zur Theorie der Kompetenzdemokratie

(29. Februar bis 2. Mai 2000)

F.F.H. FAKT

9 EntscheidungsRecht und Menschenwürde

Arbeitslosigkeit ist kein Schicksal, sie ist gemacht. Und deshalb kann ihr auch ein Ende gemacht werden.

(Norbert Blüm)



Die geschichtliche Entwicklung des Wahlrechts ist im übertragenen Sinn Widerschein der Gesetzgebungsgewalt — schrittweiser Verlagerung der Gesetzgebung auf scheinbar immer breitere Schultern. Sie ist demzufolge auch Spiegel exzellenter Begriffsverschleierungen.

So wird der Begriff des Wahlrechts mit den Begriffen „Volk“ und „Demokratie“ propagandistisch verbrämt. Das führt besonders in moderner Zeit zu verwirrender Veränderung dieser Begriffe und dadurch zum fehlerhaft wissenschaftlichen Umgang mit diesen. In der Historie ist der Begriff „Volk“ (Demos) sachlich abstrahierbar auf „Machtrechts-

anteil“. Demokratie repräsentiert in dieser Lesart nicht das Volk als Menge von akzeptierten, gleichberechtigten Menschen, sondern als Menge von einer Zentralmacht partiell Machtbefugten.

9.1 Begriffspoker

Die „Zentralmacht“ vorerst nicht beachtet, lässt sich Machtbefugnis ihrerseits auf den Inhalt Gesetzgebungsrecht, respektive Gesetzgebungsgewalt, abstrahieren. Ihre Gewalt repräsentiert bis zur Aufhebung des Mehrklassenwahlrechts eindeutig den Anteil an Besitzvermögen. Obwohl die Besitzschichtung der Gesellschaft und damit ihr Machtanteil unverändert ist, haben diese Teile der Gesellschaft „nur“ gleiches Stimmrecht. Diese Egalität trägt. Auf der einen Seite stehen die Seilschaften der realen Macht und auf der anderen steht der Wähler mit seinem Wahlrecht. Was er auch wählt, Macht erhält er dadurch nicht. Dieses Prozedere Demokratie zu nennen, ist also völlig fehl am Platze.

Woher kommen Scheindemokratie und Großmut der Macht, das Abstimmgewühl des Pöbels so freimütig zu dulden? Mit den Vernichtungsfeldzügen der Neuzeit und dem Anspruch der Auftraggeber, die ganze Bevölkerung in diese Kämpfe einzubeziehen, musste die Unterdrückungsgewalt neue moralische Beweiskraft für ihr Handeln und die Forderungen an die Bevölkerung haben. Das allgemeine Wahlrecht für Männer und das folgende Wahlrecht für Frauen im zwanzigsten Jahrhundert sind kein Ergebnis des Klassenkampfes, sondern Bauernopfer, Winkelzüge real Macht

besitzender, die Gesellschaft beherrschender Eliten. Sie missbrauchen den Demokratiebegriff bewusst.

Wahlrecht macht man zum Synonym für Demokratie. In Wahrheit substituiert ein neues Auftragsselement nur das alte. Der Bürger bekommt das Gefühl, mit seinem Votum etwas zu bewegen und die Macht behält die Garantie, weiter uneingeschränkt zu herrschen. Wahlen sind unter diesen Vorzeichen Spektakel. Was herauskommt, ist eine verdeckt gesalbte Obrigkeit, die, nicht anders als öffentlich gesalbte Eliten der Vorzeit, den Erfüllungsgehilfen spielt. Wie der Schauspieler auf der Bühne nicht das ist, was er spielt, so ist das Parlament nicht das, was es vorgibt zu sein.

Die Taktik blaublütiger Lumpenzucht wird durch Schießbudenzauber wechselbunter Marionettenwahl an die Moderne angepasst. Für die Macht ist das eine sichere Bank, da sie Politik und Verwaltung beeinflussen kann. Kaiser, Könige, Adel, Parlamentarier, Dorfpfarrer und Beamte — das sind in ihrem Wesen alles nur angestellte Willensvollstrecker ein und derselben verdeckten Zentralmacht, der Zentralmacht Raubkultur.

Lässt man Willensvollstrecker durch Untertanen wählen, ändert das nichts an den tatsächlichen Machtverhältnissen. Wenn der Wähler das Recht erhält, von mehreren Auftragsräubern einen zu bestimmen, der ihm hernach die Taschen ausraubt, dann ist das weder Demokratie noch widerspiegelt das Macht, die vom ihm ausgeht.

Das Wahlrecht ist und bleibt daher auch in der so genannten parlamentarischen Demokratie nur ein Schachzug al-

9 *Entscheidungs*Recht und Menschenwürde

ter Machtstrukturen. Zu den bisherigen Gewaltelelementen wie Adel, Polizei, Militär, Justiz, Erziehung, Schichtung der Gesellschaft etc. gesellt man in der „parlamentarischen Demokratie“ nur das Element Parlament.

Scheinbar ist es ein gewähltes Organ, gewählt aus scheinbar wichtigen Interessenträgern der Bevölkerung, scheinbar aus den politischen Parteien, deren Anhänger weniger als drei Prozent der Wähler ausmachen. In der Tat repräsentieren die Parteien also weder die Masse noch einen Gewaltanteil in der Gesellschaft. Was gewählt wird, ist im Wesentlichen „Vorsehung“ sehr realer Manipulation.

Besonders in Vorwahlzeiten lancierte Wertekonflikte, garantieren eine uneinige Masse und machen politische Renitenz erkennbar, berechenbar und absolut unwirksam. In der realen Bewegung der Welt haben daher philanthropische Ideologieträger noch n i e eine dauerhafte und messbare Verbesserung der Lebensverhältnisse erstritten.

Temporäre Entgleisungen sozialer Konzepte wurden bislang relativ schnell neutralisiert oder gewaltsam ausgelöscht. Was heute noch als „Störenfried“ übrig ist, wie nach sozialer Gerechtigkeit strebende Menschen, Parteien- oder Staatsgebilde, wird dem Frontalangriff „Friedenschaffen“ zum Opfer fallen.

Hieraus lässt sich fast eine Gesetzmäßigkeit der Stabilisierung von Raubverhältnissen mittels Scheindemokratie ableiten. Je „demokratischer“ der Schein, je diffuser, je pluralistischer die politische Landschaft einer Scheindemokratie daherkommt, desto sicherer ist der Machteinfluss der Raubgewalt, desto gefährlicher ist ihr Totalitarismus.

Divide et impera! Teile und herrsche! Das sind nicht nur die Zauberworte altrömischen Demokratieverständnisses, sondern Politpraxis jeder Raubkultur.

Das „Volk“ wählt aus einer genehmigten Parteienlandschaft Funktionäre aus, die bereits durch die Parteiposten besser gestellt sind als die Mitglieder, deren Interessen sie vertreten sollen — und legt, so sie gewählt werden, noch einen Korruptionsschub drauf. Der gesamte politische Apparat einer Scheindemokratie lebt daher immer sozial sicher. Preisexplosionen, Sozialabbau, Rentenängste u.s.w. sind diesen Personen völlig fremd. Kommissionen, die sich um das Reformieren bestehender Missverhältnisse kümmern sollen, sind elitär abgesichert und sozial von den Problemen entfernt. Vom Bundespräsidenten bis zur letzten „Sozialkommission“ berührt keinen ein zu lösendes Problem direkt. Politikelite lebt mit ihren Familien in jedem Land der Welt sicher und zufrieden. Da spielt es keine Rolle, aus welchen Parteien sie rekrutiert wurden. Selber auf sicherer Seite solange sie die Lieder singen, die ihr Posten einfordert, können derart von der Masse entrückte Individuen gar kein wahres Interesse an der Verbesserung der Lebensumstände der Menschen haben. Hätten sie es, würden sie ihre Gürtel enger schnallen, bevor sie dem Volk diese Kur empfehlen.

Doch korrumpierte Überantwortungsgewalt hat auch Haken. Die immer komplizierter werdende Arbeitsteilung in der Gesellschaft und der Griff des Raubgewinns zur Mittelsmannengewalt machen es immer stärker erforderlich, die Gesellschaft durch Reglements zu kanalisieren, um den Raubstatus zu erhalten.

9.2 Schlüsselgewalt

Die Gesetzeswelt wird zum unersetzlichen Machtwerkzeug — und zwar in einem solchen Maße, dass man sagen kann, wer die Gesetzbeschlussgewalt im Griff hat, der hat die Schlüsselgewalt. Das erklärt die allgemeine Abneigung jeglicher Lumpenelite gegenüber wirkender Demokratie.

Daher schließen in allen raubwirtschaftlich dirigierten, relevanten Staaten Verfassungen und Praxis das Gesetzbestimmungsrecht des Volkes aus. Dieses Recht steht dem Volk etwa nicht zur Verfügung, weil es dafür zu ungebildet oder zu inkompetent ist, sondern weil wirkende Demokratie auch den asozialen Seilschaften den Hahn abdrehen würde.

Das Allgemeine Wahlrecht stellt jedoch für jedes herrschende Regime keine Gefahr dar, weil es nicht an den asozialen Sonderrechten der Lumpeneliten kratzt.

Was zum Beispiel habsburgische oder hohenzollernsche Dynastien, samt ihrer Vatikan gesteuerten Querzucht, am einfachen Menschen über die Jahrhunderte an Unrecht und Unglück hinterließen, ist weder wert traditionell aufgebläht noch erhalten noch geschätzt zu werden.

Die Völker haben sich auf Grund ihres Schweiß- und Blutzolls für alle Adelsgeschlechter schon lange den Besitz an ihrem „Besitz“ erworben. Was heute dem Ehrerbietung und Besitzrecht einräumt, was sich deren Symbolik zum Staatssymbol wählt, kann nie Interesse des Volkes verkörpern (das gilt insbesondere für Besitz- und Sonderrechtsverhältnisse der Kirchenkartelle und der Raubindustrie).

Wer z.B. in Berlin einen völlig intakten ehemaligen Volkspalast systematisch zerstört, um ein ausgebombtes habsburgisches Schloss hochzuziehen (das die Westalliierten in Schutt und Asche legten), der ist des Volkes besonderer Prüfung wert. Eine verlogene Bande macht heute die „bösen Kommunisten“ dafür verantwortlich, dass sie sich 1950 erlaubten, das Trümmerfeld zu beräumen und später das Grundstück ins Grundbuch als Volksbesitz gaben, auf dem später der durch die Bauarbeiter der DDR errichtete „Palast der Republik“ wuchs.

Hier muss demnach kein Unrecht gerichtet werden, sondern man begeht Unrecht, weil man Volksgut ausradiert. Das alles hat Tradition. Überall, wo organisierte Religionen ihren Fuß in den vergangenen eineinhalbtausend Jahren hinsetzten, wurden die Heiligtümer der Ansässigen niedergerissen, zwang man mit Gewalt oder Androhung des Todes zum Glaubenswechsel.

Mit der Kultur des Volkes der Deutschen Demokratischen Republik geht man nur geschickter um, weil die Massen für neue Kampfziele benötigt werden. Man darf sie also nicht allzu harsch verprellen. Deshalb verschleiert man auch, dass in den Aufmarschgebieten bereits BRD-Wehrmacht hockt, deren Mannschaftsdienstgrade zu über 70 Prozent aus den neuen Bundesländern stammen sollen. Frei gewählt hat das Volk diese Politik mit Sicherheit nicht. Es steht dem Oben nach wie vor ohnmächtig gegenüber.

Doch so ein Gigant, so eine asoziale Machtform, muss auch eine Achillesferse haben. Die Achillesferse sind die Seilschaften der Lumpeneliten. Eine energische Übernahme

9 EntscheidungsRecht und Menschenwürde

der Gesetzgebungsgewalt durch das Volk und die Aufkündigung sämtlicher religiösen, ideologischen und parteipolitischen Privilegien würden dem ganzen verlogenen Unfug tatsächlich den Garaus machen — ohne blutige Schlachten, faktisch nur durch einen entschiedenen Verwaltungsakt auf Druck der Masse.

Sehen wir genauer hin. Im Innersten seines Herzens spürt der Ehrliche schon lange die Notwendigkeit dieser konsequenten Zäsur. Im Innersten ihrer Herzen haben die arbeitenden Menschen schon lange die Nase voll von Fremdherrschaft und Bevormundung.

Die Schreihälse, von denen sich das Volk idiotischer Weise stets aufs neue Verbesserungen erhofft, werkeln doch ständig am Volke vorbei. Sie werkeln am Volke vorbei, weil der Wähler weder ihr Auftraggeber noch ihr Rechenschaftsfeld ist.

Der Wähler wird Bettler in der Politiküche. Durch die Wahlen als Köche abgesegnet, kocht nun ein inkompetentes Team für das Volk. Ob rote, braune, grüne, schwarze, bunte oder orangefarbige Politik, im Parlamentskessel wird daraus für das Volk stets fettarme Brühe. Diese Ernährung garantiert den Habitus eines schwachen Volkskörpers, der, auf wackligen Füßen stehend, dankbar für jedes dargereichte Tellerchen ist.

Das alles zu verschleiern, ist u.a. Aufgabe der Scheindemokratie. Sie lebt von Verwirrung.

9.3 Desordremanöver

Die Produktion von Verwirrungskräften ist Voraussetzung dafür, dass die Wahlprozedur im Griff bleibt. In dieser Landschaft erhalten Parteien quasi einen Placeboeffekt: Der „Wähler“ muss nur an die Wirkung glauben. So ist die organisierte Produktion seichter politischer Bewegungen ein Merkmal unwirksamer Demokratie im Machtgefüge der Raubkultur. Nennen wir diese Bewegungen deshalb was sie vom Standpunkt der Macht sind: systemstabilisierende Verwirrungskräfte, Desordrekräfte mit Sisyphussyndrom.

Die Hauptstruktur einer Desordrekraft ist immer die gleiche: satter Kopf, gutgläubige Basis. Wir erkennen Desordrekräfte an ihrem Ausschließlichkeitsfimmel und daran, Einstellungen zu einer „Sache“ vor die zu lösenden Aufgaben zu stellen.

Dadurch erreicht man die Abgrenzung von anderen politischen Basiskräften, die eigentlich nur ähnliche Fragen gelöst haben möchten wie die Basiskräfte vermeintlicher „Konkurrenzideologie“.

Die Hauptstruktur der Desordrekräfte verhindert jedoch ihr Zusammenkommen. Sie erzeugt einen nicht lösbaren Widerspruch zwischen den im Grunde ähnlichen Grundbedürfnissen der Mitglieder vieler politischen Bewegungen und ihrem eigennützigem Führungsgefüge.

Der Sozialstatus politischer und religiöser Führungen hebt sich fast ausnahmslos überall sehr deutlich vom Sozialstatus der Gefolgsleute ab. Die Barrieren sind also nicht die

9 *EntscheidungsRecht und Menschenwürde*

unterschiedlichen Bedürfnisse der Mitglieder verschiedenster Gruppierungen, sondern die abgehobenen Rechte ihrer Führungen.

Besonders deutlich zeigt sich dieser Widerspruch in Gewerkschaften. Leider verrät sich eine Desordrekraft nicht durch ihr Programm, sondern nur durch den Grad ihrer Unwirksamkeit bei der Bewältigung realer Probleme ihrer Basis. Sie verrät sich also nur durch den Grad der Kollaboration mit dem herrschenden Recht, am Hang zum Verständnis für den „Feind“.

Dennoch wird eine politische Bewegung nicht zur Desordrekraft, weil ihr Vorstand die Basis betrügt. Eine politische oder religiöse Kraft wird zur Desordrekraft durch ihren unsichtbaren Gebrauchswert für den Raubgewinn.

Für den Raubgewinn sind der einfache Christ und der einfache Sozialdemokrat etc. Melk-, und Schlachtmasse. Zu Desordrekraften zählt demnach alles was sich von „Konkurrenzbewegungen“ abgrenzt, nicht am Leben demonstrierende Ziele verfolgt, Bettelrechte erkniert, die Volkswirtschaft knebeln oder philanthropisch umverteilen will, weil all das der Raubkultur zuarbeitet.

(Da fällt mir ein Witz ein: Kommt ein junger Student zu seinem Arbeitgeber. Der sitzt im riesigen Saal, hinter einem pompösen Schreibtisch, auf einem herrschaftlichen Ledersessel. Nachdem man sich über die Anstellung einig geworden ist, fragt er: „Junger Mann, ich sehe in ihren Augen einen Hauch von Hass. Was ist der Grund?“ Antwortet der Student: „Ich bin Kommunist!“ „Na und?“, entgegnet der Arbeitgeber, „Kommunisten können sich wohl

nicht über eine Anstellung freuen?“ Da steigt die Wut im Studenten auf. Wild gestikulierend erklärt er, dass die Produktionsmittel in den Händen weniger die Wurzel von Arm und Reich sei. Überrascht klärt sich das Gesicht des Kapitalisten auf: „Sie haben vielleicht Recht, junger Mann!“ Daraufhin lehnt er sich zurück und rechnet nachdenklich, aber hörbar, durch: „Ich besitze etwa 80 Millionen Deutsche Mark, wir haben rund 80 Millionen Einwohner.“ Eine Sekunde zögert er noch, dann ruckt er die Schreibtischschublade auf, entnimmt ihr eine Mark und reicht sie erleichtert dem jungen Revolutionär mit den Worten: „Bitte nehmen Sie Ihren Anteil, dann bin ich meine Schuld gegenüber ihnen schon einmal los!“) — War nur ein Witz. Sollte nur zeigen, dass Logik nicht immer soziale Lösungen parat hält.

Desordrekräfte verschleiern auch das wahre Verhältnis Volk zur Menge scheindemokratischer Elemente. In Deutschland ist das Verhältnis Wähler zur Summe aller Parteimitglieder das Verhältnis von rund 62 Millionen zu etwa 2,1 Millionen Parteigängern in über 100 kraftlosen Parteien und deren Splittergruppen. Mit jeder Neuinszenierung eines parteipolitischen Melodramas wird demzufolge der Desordreapparat stabilisiert.

So hat zum Beispiel die Bewegung „Mehr Demokratie“ durch ihre „Erfolge“ in Bayern keinerlei Verbesserung der Lebens- und Entscheidungslage erwirkt, aber viele energische Menschen für längere Zeit an diesen Schildbürgerstreich gebunden.

Das muss den Streitern für diese Sache nicht einmal be-

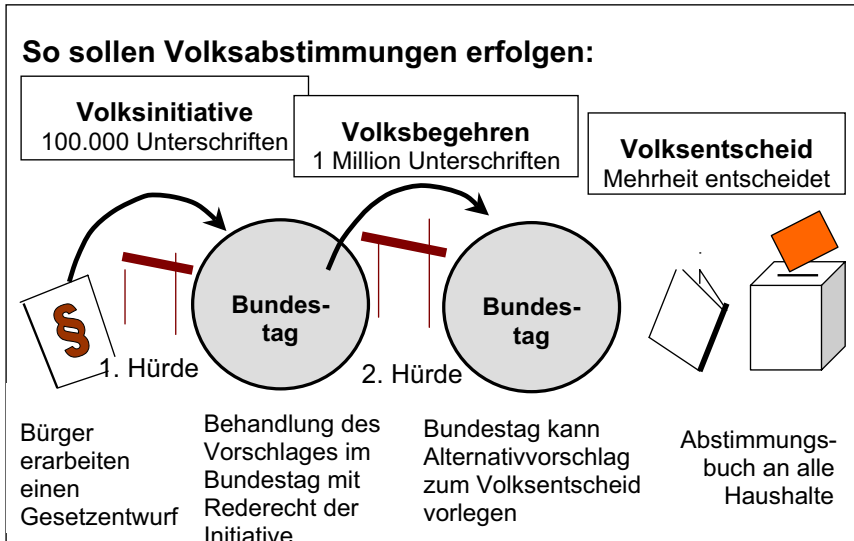
9 *EntscheidungsRecht und Menschenwürde*

wusst sein. Deshalb möchte ich den Unterschied der Forderung nach mehr Demokratie und der Forderung nach Allgemeinem EntscheidungsRecht skizzieren. Auf den ersten Blick erscheinen sie wie Synonyme. Während sich jedoch das EntscheidungsRecht als Grundrecht, als verbrieftes Recht jedes mündigen Bürgers versteht und so wichtige gesellschaftliche Fragen grundsätzlich auch gesellschaftlich entschieden werden, bietet ein Volksentscheid Bettel- und Nachtragsrecht zu einem bereits oben abgekarteten Spiel an.

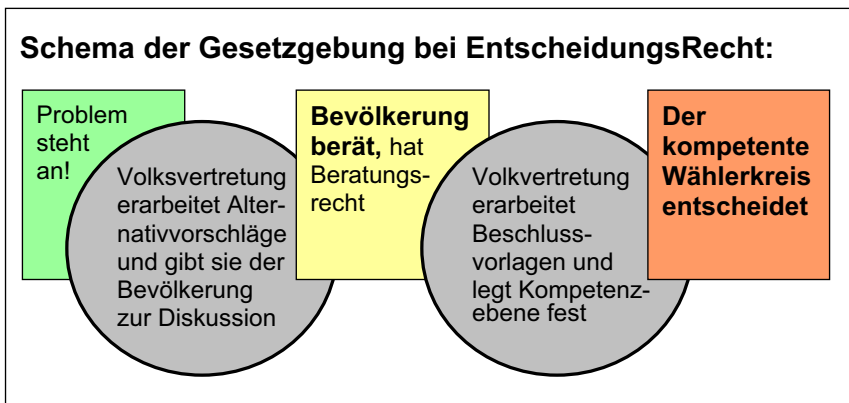
Demokratie heißt Volksherrschaft. Akademische Graduierungen von Demokratie verschleiern ihre eindeutige Zielfunktion. Denn es gibt ebenso wenig „ein wenig Volksherrschaft“, wie es „ein bisschen schwanger“ gibt. Volksherrschaft heißt nicht hündisches Bettelrecht an eine Obrigkeit. Demokratie setzt voraus, dass die Menschen wichtige Entscheidungen selbst fällen können. Wahlrecht plus Gesetzgeberrecht (EntscheidungsRecht), das sind die Säulen wirkender Demokratie. Wahlrecht, um Einfluss auf die Bestellung des „Verwalters“ zu nehmen und Gesetzgeberrecht (EntscheidungsRecht), um die Regeln, nach denen das Volk leben will, von kompetenten Wählerinnen und Wählern entscheiden zu lassen.

9.4 Unrechtsidylle

Noch einige Bemerkungen zur Gesetzgebung. Die Gesetzgebung ist „Spiegel“ der Machtverhältnisse. Sie ist Ausdruck der herrschenden Gewalt. Staatsgewalt wird dort ge-



Mehr Demokratie setzt aber Demokratie voraus.



9 Entscheidungsrecht und Menschenwürde

kocht, wo man die Gesetze braut. Die Analyse der Gesetzgebung ist unter den Bedingungen der vorherrschenden Geschichtsmanipulation die sicherste Methode der Gesellschaftsanalyse überhaupt. Vordergründige Ursache dafür ist die Tatsache, dass Gesetze, als Widerspiegelung von Machtverhältnissen, schlecht im politisch-ideologischen Irrgarten versteckt werden können. Sie treten in der Regel als Gewalt zutage. Der Gewaltgeber ist Herr, der Gewaltempfänger Knecht. Auf etwa 62 Millionen mögliche Wähler (100%), kommen ungefähr 2,1 Millionen Parteianhänger ($\approx 3,4\%$) und ca. 630 Bundestagsabgeordnete ($\approx 0,001\%$).

Das gesetzgebende Organ der Bundesrepublik ist also ein winziges „0,001% – Stellvertreterorgan“. Da lässt sich nichts demokratisch rechnen. Hinzu kommt, dass man zu genau weiß, dass es kein machtunabhängiges Parlament, keine machtunabhängigen Gesetze und kein machtunabhängiges Recht gibt und dass sich jeder Apparat fernsteuern lässt. Wer Wert auf Recht legt, muss sich deshalb seine Gesetze selbst machen. Wer darauf vertraut, dass andere ihm diese Last abnehmen, der bleibt verlassen.

Zudem quillt das „Recht“ heute aus Gesetzbüchern, die kaum einer versteht, die Grundrechte zwar erwähnen, aber in Realität auf die wichtigsten pfeifen.

(Vielleicht hilft hier ein Verweis auf die Rechtspraxis in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, die belegt, dass man seine Gesetzeswelt an moderne Erfordernisse anpassen kann. Von Wendehälsen, Kollaborateuren und von christianischer Geschichtssudelei verschwiegen, bleibt

es doch Fakt, dass die wichtigsten Gesetze, von Fachgruppen völlig neu gefasst und dem Volk zur Beratung und teils zur Beschlussfassung vorgelegt wurden. Das betraf die Verfassung (Grundrecht) (1974), das Straf-, Zivil- und Arbeitsrecht (1975). Am Ende hatte das Volk der DDR Gesetze, die jedem zehnklassig polytechnisch allgemeingebildeten Oberschüler (POS, die Pflichtschulbildung in der DDR — auf Grund der hohen Qualität mit keiner BRD-Schule vergleichbar. Das allgemeine Niveau entsprach mindestens dem BRD-Abitur) verständlich waren, sich locker auf einem halben Meter unterbringen ließen und Grundrechte, wie Recht auf Arbeit, Wohnraum, soziale Versorgung, Teilnahme an der Kultur etc. für jeden Rechtschaffenen in die Praxis überführten. In der DDR nahm die Warmmiete ca. fünf Prozent des Nettoeinkommens ein. Arbeitslosigkeit als soziales Problem war ein Fremdwort, Obdachlose gab es nicht. „Blockfreunden“ und Pfaffen wurde Zucker in den „A....“ geblasen. Nur wer gegen das System war, der hatte keine guten Karten. Doch wo hat man die dann schon. Manch gut gemeinter Rat kam so zu wenig Ehre. Man war verdammt hellhörig, wenn es um Volksbesitz an Städten, Betrieben, Feld und Flur, Wäldern und Seen, Banken und Versicherungen, Vieh und Wild, Straßen, Bahn und Post, Klubhäusern, Konzerthallen, Sportstätten und vieles andere mehr ging. Die Wahrheit ist: Recht und Gesetz standen auf der Seite des Volkes. Es hätte beides auch an seine Bedürfnisse anpassen können, wenn nicht verkommene Subjekte an ihm Hochverrat begangen und es in den abendländischen Sumpf zurückgetrieben hätten.)

9.5 Heim ins Reich

Heute haben alle Deutschen wieder ein oktroyiertes Recht sowie eine Macht auf dem Hals, die in der ehemaligen DDR nur aus der Schule, von den Erlebnissen der Eltern und Großeltern bekannt war und wie Schauermärchen klang.

Die Hoffnung der Menschen, je einen soziales und sicheres Arbeitsleben führen zu können, hat sich mit der „Wende“ auf lange Zeit für das Volk zerschlagen, da es in einem religiös orientierten Verwaltungsgebilde nie ein Volksrecht auf Gesetzbestimmung und Haushaltsautonomie geben kann. Das liegt auch an der Rolle eines Raubstaates, nämlich u.a. Raubgewinneintreiber zu sein.

Wenn also irgendwo Glocken nach Demokratie und Pluralismus rufen, dann sind das keine guten Zeichen, denn dem desorientierten Unten spielen immer kadaverdisziplinierte, gewaltbereite „Hirten“ auf. Das ist der Grund: Es gibt keine Religion ohne Dogmen. Es gibt keine Dogmen ohne Gewalt. Es gibt keine Gewalt ohne Diktatur.

Die religiöse Diktatur organisierter Glauben ist in ihrer Arglist die älteste und brutalste Diktatur der Weltgeschichte. Und jede Kirche ist politisch eine Diktatur. Hört sie auf Diktatur zu sein, hört sie auf Kirche zu sein.

Organisierte Religionen sind Teil von Raubkulturen und Raubkulturen sind wie Zweikomponentenkleber. Sie haben die ökonomische Basiskomponente Raubgewinn und die politische Überbaukomponente seiner Rechtfertigung und Beitreibung.

Ein derart widernatürliches Gefüge kann sich nicht demokratisch verhalten. Jede organisierte Religion ist daher in sich eine militant gegliederte Hierarchie; Kadavergehorsam, Unterwürfigkeit, absolute Disziplin, Befehlstände, Dogmatismus, elitäre Sonderrechte und Sondergesetzgebungen bestimmen die inneren Strukturen religiöser Raubkulturen.

Hinter dem nett lächelnden Prediger steckt ein brillant ausgebildeter Manipulator, ein total disziplinierter, zur Obedienz vergatterter Befehlsempfänger seiner Kirche, ein Kirchensoldat. Ein Soldat dient einer Sache. Auch sein Lächeln dient der Sache. Der Sache dient auch jeder andere religiöse Handlanger- und Befehlsempfänger, auch der religiös doktrinierte Staat.

Ein religiös doktriniertes Staat kann daher niemals Staat wirkender Demokratie sein. Wirkende Demokratie dient dem Menschen und schließt das Opfer für eine Sache aus. Eine demokratische Religion ist so absurd wie vegetarische Hyänen. Kirchen sind und bleiben in ihrer inneren Struktur die undemokratischsten Vereinigungen der Weltgeschichte. Reden sie von Demokratie, ist es Hinterhalt und Lüge. Von ihnen kann das Volk keine Unterstützung auf dem Weg in seine Freiheit erwarten: Freiheit ist Leben ohne Dogmen und Demut.

Die Bundesrepublik ist im christlich orientierten Europa ein religiös doktriniertes Staat. Die Gehirnwäsche, die über Staat und Kirchen zwangsvollzogen wird, ist eine christliche Gehirnwäsche. Bevor ein Mensch überhaupt in die angebliche Lage versetzt ist, sich seine angebliche Mei-

nung angeblich frei zu bilden, hat man ihn einer Grundgehirnwäsche unterzogen. Da fragt keiner das Volk, ob es das will (und das Volk hat man gelehrt, nicht nachzufragen).

So hat man in diesem christlich orientierten Land auch noch nie das Volk zu irgend einem wichtigen Fakt gehört. Von der Spaltung Deutschlands durch die rechtswidrige Staatsgründung der BRD über das oktroyierte Grundgesetz und die aufgezwungene Haupt-Parteienstruktur bis zur gesegneten Bündnislage entschieden und entscheiden Hinterzimmer.

Obwohl in der abendländischen Welt die Würde des Menschen öffentlich groß gebetet wird, dümpeln in ihr in Realität entmündigte Völker würdelos dahin, verelenden durch die Entscheidungen der gewählten „Volksvertreter“ immer größere Teile des Volkes.

9.6 Volksstaatslüge

An dieser Stelle sollten wir noch etwas zum undisziplinierten Staat anfügen. Jeder, der einen anderen mit einer Aufgabe betraut, ihm Geld in die Hand gibt, ihn eine Besorgung machen lässt, fordert eine Abrechnung.

Durch die Steuerzahler sind dem Staat Billionen zur Erledigung von Aufgaben in die Hand gegeben. Dieser „Beauftragte“ wähnt sich fälschlicherweise als Besitzer dieser Mittel. Daraus leitet er Herrschaftsrechte ab.

Doch genau betrachtet, ist es so: Erhöht er seine Diäten selbst, ohne den Geldgeber zu fragen, kommt das einem

Diebstahl gleich. Wenn er die Mittel gegen die Interessen der Besitzer verwendet, dann ist das eigentlich eine Straftat. Sitzt der Abgeordnete während seiner Arbeitszeit nicht auf seinem Platz, trägt er sich nur pro forma in die Anwesenheitslisten etc. ein, belegt das Ministrantenreife. Spätestens dann muss man ihn entlassen.

Das Verwaltungsorgan Parlament hat weder ein Recht auf Selbstsucht noch auf die freie Verwendung des Gemeinschaftsfonds. Es hat auch nicht die Lizenz zum Lügen. Wenn es der Post keine Schwierigkeiten bereitet, jedem Haushalt Postleitzahlenbücher zuzustellen, dann ist es auch keine Schwierigkeit, jedem eine Jahresbilanz über die Verwendung der Staatsmittel en détail zu übersenden.

Diese Rechenschaftslegung müsste den Beleg für jede, auch die kleinste, Sachverwendung und jede Einkommenszahlung geben. Dann hätte das Volk schnell einen Überblick über Fremd- und Fehlverwendungen der Gelder und mit Sicherheit immense Mittel frei für die Lösung sozialer Probleme. Grob überschlagen könnte man so mindestens 200 Milliarden Mark pro Jahr freilegen. Mit diesen Mitteln ließen sich sehr wohl Bildung und Ausbildung, Forschung und Wissenschaft, Arbeit und Wohnung, Kultur und Kunst etc. sofort auf den notwendigen Stand bringen. Der arme Staat existiert genauso wenig wie die arme Kirche. Beides sind absolute Lügen.

Da das Volk praktisch steinreich ist, folgt: Fast alles, was wir zum Leben brauchen, ist vorhanden. Mehr noch: Alle finanziellen, materiellen und personellen Mittel die für sofortige positive soziale Veränderungen im Land benötigen

werden, sind vorhanden. Man braucht weder Kindergärten oder Theater zu schließen, noch das Studium mit Studiengebühren zu belasten. Man muss nichts zu Wucherpreisen verkaufen oder Arbeitslosigkeit durch kriminelle Ränke senken. Wir haben es nicht nötig, am Gesundheitswesen oder an den Renten zu sparen oder Kommunen den Geldhahn abzudrehen. Zudrehen müssen wir alle Hähne, aus denen unser Geld nicht im Volksinteresse fließt.

Noch einen Denkanstoß: Wir haben ein gut strukturiertes Verwaltungs- und Ordnungsgefüge, eine ausgereifte Infrastruktur. Kunst, Kultur, Wissenschaft, Technik und Wirtschaft sind leistungsbereiter als je zuvor. Es gibt mehr Arbeitsplätze und Wohnungen als gebraucht werden. Wann hatte ein Volk derart günstige Ausgangspositionen für positive soziale Veränderungen?

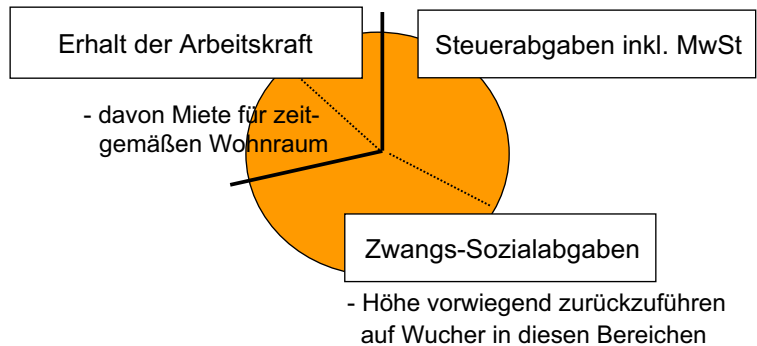
Doch der Staatsreichtum der BRD ist von außen zurzeit nicht exakt zu erfassen. Trotz aller Statistik sind zu viele Posten versteckt. Zu viele nebulöse Querverwendungen erschweren den Blick hinter die Kulissen. Die Zwangsabgaben, berechtigt oder unberechtigt sei dahingestellt, umfassen zur Zeit etwa 70 Prozent der Bruttoeinkommen.

Der Anteil des Einzelnen am Solidarfond der Gemeinschaft ist damit so groß geworden, dass es keinen Grund gibt, ihn in blindem Vertrauen in die Hände anderer zu geben. Alleine dieser von der Gemeinschaft erarbeitete Reichtum nimmt jeder Regierung das Recht zu regieren, nimmt ihr jedes Recht über das Volk zu bestimmen. Wenn sie es de jure besitzt, dann nur durch volksfeindliche Hinterlassenschaften und akute Gewalt.

Aufteilung des Arbeitseinkommens (ca.)

persönlicher Verbleib Zwangsabgaben an Staat

- eigentlich nur da zur
Bedürfnisbefriedigung
gesellschaftlicher Interessen



9 *EntscheidungsRecht und Menschenwürde*

Dass man Verwaltungsapparate von heute auf morgen, ohne den Ordnungs- und Leitungsprozess wesentlich zu beeinträchtigen, auswechseln kann, hat die Praxis belegt. Dass es möglich ist erfahrene Besen durch neue zu ersetzen (oder wie 1989/90 bei der Okkupation der DDR sogar durch ein Sammelsurium blasser Zeloten), ist unumstritten. Diese Aktion hatte den positiven Aspekt, zu beweisen, dass weder eine objektive Notwendigkeit besteht die Wähler nach der Wahl zu regieren, noch ein subjektiver Zwang, das Volk wegen Unzurechnungsfähigkeit zu entmündigen?

Denn die Schnellstarter an der Politikfront waren beileibe Kretins. Wenn man sogar einen Betrieb mit Weltniveau (wie Carl-Zeiss-Jena) oder ein Industrieland mit Millionen guter Facharbeiter (wie Sachsen), in die Hände primitiver Parteisoldaten legen kann, die in der BRD-Riege bislang als „Verlierer“ galten, was wäre dann aus ihnen erst unter der Leitung von Fachkräften aus dem Volk geworden? Zudem sind Menschen, die an der Basis den Volksreichtum erwirtschaften, mit Sicherheit weit besser in der Lage, den Puls des Volkes zu spüren, als hochdotierte Wahlpolitiker.

9.7 Klarstellung

Das nur zur Klarstellung: Selbstverständlich benötigt eine auf Arbeitsteilung beruhende Gemeinschaft einen gemeinschaftlichen Verwaltungs- und Ordnungsapparat. Dieser hat aber ausschließlich die Gemeinschaftsmittel im Ge-

meininteresse zu verwenden und die Regeln, die sich die Gemeinschaft für ihr Zusammenleben gibt, zu akzeptieren und akkurat durchzusetzen. Der mündige Bürger braucht weder den Hirten der ihn dirigiert, noch einen Hund der ihn bewacht. Er braucht einen wirksamen Apparat der Gemeinschaftsaufgaben plant, ordnet und löst — für die er selbstredend Anteile seines Arbeitseinkommens zur Verfügung stellen muss.

Aber: Wer seinen Anteil im Gemeinschaftstopf hinterlegt, der hat auch das Recht, wichtige Fragen im Land mit zu entscheiden. Die Geschichte lehrt uns: Marionetten wurden in Wahrheit noch nie durch ein Wahlvotum der Völker in ihre Sessel gehoben.

Den Banditen der Weltgeschichte gelingt es nicht nur in Deutschland besonders gut, charakterlose Volksbelüger zu postieren. Politikveränderung im Sinne des Volkes ist demnach nicht durch Personen- oder Parteiwechsel vollziehbar, sondern nur durch die Aufkündigung der Sonderrechte unsozialer Eliten. Die Existenz und angebliche Besitzrechte der Lumpeneliten darf das Volk dabei weder bagatellisieren, graduieren noch respektieren. Vom sozialen Standpunkt her haben sie weder Gewohnheits- noch Erbrechte. Das einzige Recht, das ein Volk anerkennen darf, das sind sich selbst auferlegte Normen allgemeinen Zusammenlebens.

Wahlrecht plus Entscheidungsrecht, das ist die einzige Möglichkeit, alle Vormundschaften abzuschütteln und ein sicheres und zufriedenes Leben für das Volk zu organisieren und zu garantieren. Die Würde des Menschen besteht

9 *EntscheidungsRecht und Menschenwürde*

nicht darin, sich unter einen Herrn zu beugen, sondern darin, über sein Leben selbst mitbestimmen zu können.

25. April 2000, Ende der 9. Vorlesung

Nachtrag: ATTAC und EL etc. flankieren die SPD bei der Systemstabilisierung. Genau wissend, dass der angestrebte Sozialterror im US-EUROPA Wellen schlagen wird, teilen Wellenbrecher die Flut, um sie als Strandläufer versickern zu lassen. Es ist die altbewährte Taktik selbstorganisierter Opposition, derer sich die Reaktion bedient. Die „Internationale Friedensbewegung“ ist für diese gesteuerten Bewegungen genauso Zeugnis gebend, wie das Sammelsurium an linken und rechten Diskutierklubs oder wie zweckorientierte Krawalle und Unruhen (Streiks) auserlesener Kreise. Jedes Programm, das nicht ausdrücklich und konsequent für das EntscheidungsRecht des Volkes kämpft und nur Gruppeninteressen verfolgt, kann am Volkswohl kein Interesse haben und kriecht an Schwäche. Das ist nicht nur logisch, sondern bittere Erfahrung.